

Beschlussvorlage Nr. *506/18-127*

Neustrelitz, d. 07.03.2006

öffentlich: nicht öffentlich:

Einreicher:	Datum
Fraktion PuLS/Bündnisgrüne	07.03.2006

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Stadtvertretung	30.03.2006

Betreff

Keine Gentechnik auf Neustrelitzer Flächen

Beschlussvorschlag

Der Bürgermeister wird beauftragt, sicherzustellen, dass

1. die Stadt Neustrelitz keine gentechnisch veränderten Organismen oder daraus hergestellte Produkte (z. B. Futtermittel) auf städtischen Flächen verwendet.
2. bei der Neuverpachtung landwirtschaftlicher Flächen und bei Verlängerung bestehender Pachtverträge Pächter vertraglich verpflichtet werden, auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu verzichten.
3. die Stadt Neustrelitz als Flächeneigentümer offiziell der gentechnikfreien Region „Müritz-Nationalpark“ beitrifft.

Beratungsergebnis

Gremium	Sitzung am	TOP
Stadtvertretung	30.03.06	11

Einstimmig	Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung	Laut Beschlussvorschlag	Abweichender Beschluss (Rücks.)
	X	17*	5*		X	

Problembeschreibung/Begründung

Der Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO) steht in unserer Region kurz bevor. Mehrere Agrarbetriebe im Landkreis Mecklenburg-Strelitz und den angrenzenden Landkreisen haben die Aussaat von gentechnisch verändertem Mais (Bt-Mais) beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit angezeigt. Dem Image unserer Region als Herkunftsort für unbelastete und gesunde Lebensmittel schadet dieser Anbau. Der Anbau wird zum Problem für die Betriebe des Ökologischen Landbaus. Da Genpflanzen sich über Pollen durch Wind und Insekten ausbreiten, können Nachbarbetriebe betroffen sein und ihre Produkte nicht mehr als garantiert gentechnikfrei absetzen. Auch ein Öko-Landwirt auf dem Stadtgebiet ist betroffen. Außerdem schadet der Gen-Pflanzen-Anbau dem guten Ruf als Tourismus-Region. Sowohl Landwirte des Ökologischen Landbaus als auch solche, die konventionelle Landwirtschaft betreiben, haben die gentechnikfreie Region „Müritz-Nationalpark“ gegründet. Diese Initiative würde durch den vorgeschlagenen Beschluss unterstützt. Die Stadt Neustrelitz folgt mit dem Beschluss dem Vorbild anderer deutscher Städte, wie z. B. München,

Berlin, Leipzig und Eberswalde.
 Nach dem Anbau von GVO ist ein Wertverlust bei landwirtschaftlichen Flächen möglich, z. B. wenn der Acker nicht mehr durch einen gentechnikfrei arbeitenden ökologischen oder konventionellen Betrieb genutzt werden kann. Schon deshalb sollte die Stadt Neustrelitz, den Pächtern vertraglich den Anbau von GVO untersagen.
 Bei kaum einem anderen Thema herrscht in Deutschland und Europa soviel Einigkeit wie beim Thema Agro-Gentechnik: Vier von fünf Bürgerinnen und Bürgern lehnen den Einsatz der Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion ab. 95 Prozent aller Konsumenten verlangen eine klare Kennzeichnung von Produkten, bei deren Herstellung Gentechnik mit im Spiel war. Diese Einstellung ist seit 15 Jahren nahezu konstant geblieben und zieht sich quer durch alle europäischen Länder.
 Die Auswirkungen von gentechnisch veränderten Lebensmitteln auf die menschliche Gesundheit sind weder hinreichend bekannt noch die ökologischen Risiken der Agro-Gentechnik auch nur annähernd abschätzbar.
 Hinzu kommt, dass der kommerzielle Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland mittelfristig das Aus für die bei uns bisher noch weitgehend gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion bedeuten würde. Wohin die Reise auch in Europa gehen kann, machen die drei Hauptanbauländer von Gen-Pflanzen, die USA, Argentinien und Kanada vor: Hier findet schon heute eine flächendeckende gentechnische Kontamination von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft statt, gentechnikfreie Produkte (Saatgut, Futtermittel), Lebensmittel werden immer mehr vom Markt gedrängt. Von einer Wahlfreiheit für Verbraucher, sich für Lebensmittel zu entscheiden, die bei der Herstellung nicht mit Gentechnik in Berührung gekommen sind, kann kaum noch die Rede sein.
 Einen bewusst anderen Weg gehen allerdings die Schweiz sowie touristische Regionen in Österreich und Italien. Per Volksentscheid und anderen Beschlüssen erklärten sie sich zu gentechnikfreien Regionen.
 Aus Gründen eines vorbeugenden Verbraucher- und Umweltschutzes ist der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen abzulehnen.

Stellungnahme der Kämmerer:

Finanzielle Auswirkungen ? ja: nein: X

Außerplanmäßige Haushaltsausgabe

Gesamtkosten der Maßnahmen Beschaffungs/ Herstellungskosten [Euro]	Jährliche Folgekosten/lasten (Euro)	Finanzierung Eigenanteil (i.d.R. Kreditbedarf) [Euro]	Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse/Beträge) [Euro]	Einmalige o. jährliche lfd. Haushaltsbelastung (Mittelabfluss, Kapitaldienst Folgekosten ohne kalkul. Kosten) [Euro]

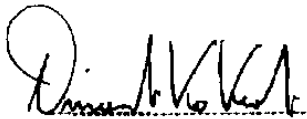
Veranschlagung

im Verwaltungshaushalt 20
 im Vermögenshaushalt 20

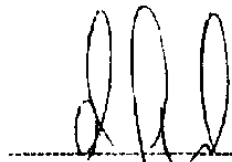
nein:

ja mit Euro:

Haushaltsstelle:


 Präsident der Stadtvertretung




 Bürgermeister